



# Amtsblatt für Brandenburg

## Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

<b>14. Jahrgang</b>	<b>Potsdam, den 9. April 2003</b>	<b>Nummer 14</b>
---------------------	-----------------------------------	------------------

Inhalt	Seite
<b>Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung</b>	
Richtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen .....	390
<b>Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr</b>	
Einführung technischer Regelwerke für das Straßenwesen in Brandenburg - Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV M 02) .....	400
<b>Ministerium für Wirtschaft</b>	
Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft über die Förderung der Markterschließung brandenburgischer kleiner und mittlerer Unternehmen im In- und Ausland (Markterschließungsrichtlinie) .....	400
<b>Der Landrat des Landkreises Uckermark</b>	
Öffentliches Auslegungsverfahren für das Landschaftsschutzgebiet „Unteruckersee“ .....	403
<b>Beilage: Amtlicher Anzeiger Nr. 14/2003</b>	

**Richtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen  
des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz  
und Raumordnung des Landes Brandenburg  
für Vorhaben des Immissionsschutzes  
und zur Begrenzung energiebedingter  
Umweltbelastungen**

Vom 24. Februar 2003

**1      Zweck und Rechtsgrundlagen**

- 1.1 Das Land Brandenburg gewährt im Rahmen des Operationellen Programms Brandenburg 2000 - 2006 auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds (ABl. EG Nr. L 161 S. 1) und nach Maßgabe der §§ 23, 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO), dieser Richtlinie und der Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO sowie gemäß § 18 des Landesimmissionsschutzgesetzes (LImSchG) Zuwendungen für Vorhaben des Immissionsschutzes, zur Minderung der Kohlendioxid(CO<sub>2</sub>)-Emissionen und weiterer energiebedingter Umweltbelastungen sowie zur Reststoffvermeidung bzw. -verwertung.
- 1.2 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- 1.3 Zuwendungen an Unternehmen werden nach der Verordnung (EG) Nr. 69/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag als „De-minimis-Beihilfen“ (ABl. EG Nr. L 10 S. 30 vom 13. Januar 2001) gewährt.
- 1.4 Im Zusammenhang mit investiven Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Emissionen und Immissionsbelastungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), zur Ressourcenschonung und zur Verminderung von Strahlenbelastungen bestehen folgende Förderziele:
- die Abwendung unmittelbarer Gefahren für Mensch und Natur,
  - die Minderung oder Vermeidung von Lärm, Luftschadstoffen, CO<sub>2</sub>-Emissionen und weiterer energiebedingter Umweltbelastungen,
  - die Realisierung von beispielhaften Projekten zur emissionsseitigen Sanierung ortsfester Anlagen im Sinne des BImSchG,
  - die Realisierung vorbildlicher Maßnahmen und Demonstrationsvorhaben,
  - die Realisierung integrierter (komplexer) Lösungsansätze,
  - die Realisierung innovativer Abfallvermeidungs- und -verwertungsverfahren,
  - die Minderung und Beseitigung radioaktiver Kontaminationen in der Umwelt,
  - die Dokumentation und Verbreitung der mittels der Fördermaßnahmen erzielten Ergebnisse.

**2      Gegenstand der Förderung**

Förderbar sind im Rahmen der unter Nummer 2.1 genannten Einzelmaßnahmen Investitionen und Aufwendungen für Planung, Beratung, Rechtsgutachten als Grundlage für diese Investitionen sowie Evaluation und Dokumentation der Ergebnisse dieser vorgenannten Investitionen, soweit die Aufwendungen zur Erreichung der unter Nummer 1.3 genannten Ziele erforderlich sind.

- 2.1 Es können folgende Maßnahmen gefördert werden, die in der Anlage 1 zu dieser Richtlinie näher erläutert werden:
- 2.1.1 Emissionsminderung bei ortsfesten Anlagen im Sinne des BImSchG,
- 2.1.2 Lärmschutz bei sozialen Einrichtungen und Einrichtungen mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft,
- 2.1.3 integrierte Projekte in ländlichen Bereichen,
- 2.1.4 ökologische Musterbauten in Niedrigenergiebauweise,
- 2.1.5 Konzepte und Maßnahmen zur Energieeinsparung, Minderung von Abwärme, Wärmenutzung sowie zur Energierückgewinnung in Verbindung mit nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftigen Anlagen,
- 2.1.6 Demonstrationsvorhaben zur innovativen Abfallvermeidung und -verwertung im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG,
- 2.1.7 Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung bis zu einer elektrischen Leistung von 5 MW in Verbindung mit integrierten Konzepten zur Umweltentlastung,
- 2.1.8 Erstellung örtlicher und regionaler Umweltentlastungs- und Energiekonzepte bezüglich Luftreinhaltung, Lärminderung und Ressourcenschonung im unmittelbaren Zusammenhang mit investiven Maßnahmen,
- 2.1.9 Minderung/Beseitigung radioaktiver Kontaminationen in der Umwelt (außer natürlicher Radioaktivität).
- 2.2 Von der Förderung sind grundsätzlich ausgeschlossen:
- Maßnahmen, zu deren Durchführung eine unmittelbare gesetzliche Verpflichtung besteht,
  - Maßnahmen, die unter Berücksichtigung der erforderlichen Vorleistungen (z. B. Bereitstellung erforderlicher Energie) keine wesentliche Umweltentlastung im Sinne von Nummer 2 erbringen,
  - Vorhaben, die auch unter Einbeziehung von Fördermitteln keinen dauerhaft wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen (Ausnahme: Pilotprojekte, deren Wirtschaftlichkeit noch nicht bewertet werden kann),
  - Betriebskosten einschließlich Unterhalt und Pflege,
  - Maßnahmen, bei denen das angestrebte Ergebnis auch preisgünstiger zu erreichen ist,
  - Vorhaben von regionalen und überregionalen Unternehmen der Energiewirtschaft,

- Mehrkosten nach Erteilung des Zuwendungsbescheides,
- Kosten für Forschung und Entwicklung,
- Grunderwerb,
- Erwerbsnebenkosten (z. B. Steuern, Provisionen etc.),
- Steuern, soweit sie als Vorsteuer abziehbar sind.

### 3 Zuwendungsempfänger

Antragsberechtigt sind als Eigentümer oder sonstige Verfügungsberechtigte:

- 3.1 Gemeinden, Gemeindeverbände und kommunale Arbeitsgemeinschaften.
- 3.2 Sonstige natürliche und juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts (mit Ausnahme des Bundes und von regionalen und überregionalen Unternehmen der Energiewirtschaft).

### 4 Zuwendungsvoraussetzungen

Es gelten die Bestimmungen in Nummer 1 (Bewilligungsvoraussetzungen) der Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 44 LHO. Zusätzlich ist zu beachten:

- 4.1 Eine Förderung wird nur für Vorhaben gewährt, die im Land Brandenburg durchgeführt werden. Bei besonderem Landesinteresse kann im Ausnahmefall mit Zustimmung des Ministers der Finanzen auch eine Förderung außerhalb des Landes Brandenburg erfolgen.
- 4.2 Es werden nur Vorhaben gefördert, die vom Landesumweltamt im Rahmen dieser Richtlinie befürwortet werden.
- 4.3 Mit der Maßnahme darf vor Erteilung des Zuwendungsbescheides nicht begonnen werden. Als Vorhabensbeginn ist u. a. der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten. Planung, Genehmigungsverfahren, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstückes - z. B. Gebäudeabbruch, Planieren - gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

In besonders begründeten Ausnahmefällen kann auch einem schriftlich beantragten vorzeitigen Beginn des Vorhabens zugestimmt werden, vorausgesetzt, der Antrag ist gemäß den Vergabegrundsätzen unabhängig von anderen Anträgen hinreichend beurteilbar. Der Zeitpunkt des Beginns darf jedoch nicht vor der Zustimmung hierzu liegen.

Die Zustimmung zum vorzeitigen Beginn präjudiziert nicht die Entscheidung über die Bewilligung der Zuwendung und ihre Höhe.

- 4.4 Der Antragsteller hat dafür Sorge zu tragen und zu belegen, dass alle rechtlichen und tatsächlichen Vorausset-

zungen für die Errichtung und den Betrieb der geförderten Einrichtung vorliegen.

Er gewährleistet insbesondere, dass

- die Aus- und Durchführung der geförderten Maßnahme entsprechend dem geprüften bzw. genehmigten oder planfestgestellten Entwurf erfolgt,
- das Vorhaben den baurechtlichen und umweltrechtlichen Bestimmungen und den Anforderungen gemäß den Anlagen 2 und 3 dieser Richtlinie entspricht und
- die energierechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden.

- 4.5 Das zu fördernde Vorhaben muss im Einklang mit den Zielen und Erfordernissen von Umweltplanung, Raumordnung und Landesplanung sowie den örtlichen Planungen stehen. Hierfür sind gegebenenfalls Belege der zuständigen Stellen vorzulegen.

- 4.6 Es sollen grundsätzlich nur Vorhaben gefördert werden, mit deren Durchführung kurzfristig begonnen und deren Realisierung innerhalb eines angemessenen Zeitraumes erwartet werden kann.

- 4.7 Die Förderzusage kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden sein.

Insbesondere geht das Land von folgenden Voraussetzungen aus:

- 4.7.1 Die Investition bei Anlagen zur Energierückgewinnung, -umwandlung und -einsparung muss über einen angemessenen Betrachtungszeitraum einen positiven Kapitalwert ausweisen. Als Kalkulationszinsfuß wird hierbei ein auf die Finanzierungsmöglichkeiten des Antragstellers abgestellter Marktzinssatz, erhöht um einen angemessenen Risikozuschlag, zugrunde gelegt.

- 4.7.2 Der ordnungsgemäße Betrieb der geförderten Einrichtung muss über einen angemessenen Zeitraum nach Abschluss des Vorhabens gewährleistet sein (in der Regel bei baulichen Anlagen zwölf Jahre, bei technischen Einrichtungen, Maschinen und Geräten fünf Jahre).

- 4.8 Die Zulässigkeit des Vorhabens ist unabdingbare Voraussetzung der Förderung. Mit der Beantragung der Fördermittel bzw. der Erteilung eines Zuwendungsbescheids wird keine Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens getroffen. Genehmigungen oder sonstige behördliche Entscheidungen sind vom Antragsteller bei den jeweils zuständigen Behörden zu beantragen. Ein Zuwendungsbescheid wird grundsätzlich erst dann erteilt, wenn alle erforderlichen Genehmigungen vorliegen.

### 5 Art und Umfang der Zuwendung

Die Gewährung der Finanzhilfe und ihre Höhe hängen vom Grad des Landesinteresses an der Verwirklichung

des Vorhabens, seiner Wirtschaftlichkeit, der wirtschaftlichen Situation des Antragstellers, der gesicherten Gesamtfinanzierung sowie von seinem Eigeninteresse ab.

- 5.1 Zuwendungsart: Projektförderung
- 5.2 Finanzierungsart: Anteilfinanzierung
- 5.3 Form der Zuwendung: Zuschuss
- 5.4 Höhe der Zuwendung:

Zuwendungen an gewerbliche Unternehmen werden nur als „De-minimis-Beihilfen“ gemäß Nummer 1.3 dieser Richtlinie gewährt. Das bedeutet, dass der zulässige Höchstbetrag an Zuwendungen an ein Unternehmen maximal 100.000 Euro innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt der ersten „De-minimis-Beihilfe“ beträgt.

Sofern der „De-minimis-Rahmen“ dadurch nicht ausgeschöpft wird, bestimmt sich die maximale Höhe der Zuwendung als Vmhundertersatz der zuwendungsfähigen Gesamtkosten gemäß Nummer 5.4.1.

- 5.4.1 Zuschüsse für die Einzelvorhaben gemäß 2.1:
- maximal 40 Prozent bei Maßnahmen nach den Nummern 2.1.1 und 2.1.2
- maximal 50 Prozent bei Maßnahmen nach den Nummern 2.1.3 bis 2.1.9
- 5.4.2 Planungs- und Beratungsleistungen zur Vorbereitung einer nach dieser Richtlinie förderbaren Maßnahme können mit bis zu 50 Prozent der förderfähigen Planungs- und Beratungskosten gefördert werden.
- 5.4.3 Eine vom Zuwendungsgeber geforderte Evaluierung (z. B. Messung), Dokumentation oder Verbreitung von Ergebnissen der geförderten investiven Maßnahme kann mit bis zu 50 Prozent der förderfähigen Evaluierungs-, Dokumentations- und Verbreitungskosten bezuschusst werden.
- 5.4.4 Bagatellgrenze für die Zuwendungshöhe: 2.500 Euro
- 5.5 Bemessungsgrundlage:
- 5.5.1 Die zuwendungsfähigen Aufwendungen umfassen die begründeten Mehrkosten gegenüber einer konventionellen Ausführung, soweit sie zur Erreichung der unter Nummer 2 genannten Ziele erforderlich sind. Als konventionelle Ausführung sind Maßnahmen zu verstehen, welche die gesetzlichen Anforderungen oder üblicherweise zur Anwendung kommende weitergehende Standards erfüllen. Die konventionelle Vergleichsvariante ist durch den Antragsteller im Antrag zu beschreiben.
- 5.5.2 Der Wert von Sachleistungen des Antragstellers darf bei den Gesamtkosten mit den tatsächlich entstehenden Ausgaben und der von Arbeitsleistungen mit höchstens

5 Euro je Arbeitsstunde angesetzt werden. Bei gewerblichen Antragstellern können Eigenleistungen, soweit sie aktivierungsfähig sind, bei den förderbaren Kosten berücksichtigt werden.

- 5.5.3 Zuwendungsfähig sind bei Planungsmaßnahmen im unmittelbaren Zusammenhang mit investiven Maßnahmen die Kosten, die durch die Beauftragung Dritter mit Planungen entstehen, sonstige Kosten durch die Beschäftigung Dritter (z. B. im Rahmen der begleitenden Information und Beteiligung der durch die Planung Betroffenen) sowie Kosten für Vervielfältigung und Druck von Unterlagen und Ergebnissen.
- 5.6 Kumulierung:

Neben Zuwendungen des Landes nach dieser Richtlinie können für die geförderten Vorhaben auch Fördermittel anderer Zuwendungsgeber in Anspruch genommen werden. Das Verbot der Doppelförderung aus Landesprogrammen ist zu beachten. Der Gesamtanteil der öffentlichen Mittel soll bei Investitionen eine Höchstgrenze von 50 Prozent der förderfähigen Kosten nicht überschreiten. Bei der Gewährung zinsvergünstigter Darlehen sind die Zinszuschüsse anzusetzen.

## 6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Werden im Rahmen der zu fördernden Maßnahme Einrichtungen zur Energieumwandlung errichtet, erneuert oder erweitert, so sind die besonderen Umweltauflagen gemäß Anlage 2 einzuhalten.
- 6.2 Die Einhaltung der Anforderungen nach Nummer 6.1 sowie alle anderen mit Zuwendungsbescheid geforderten Messungen zum Nachweis der Einhaltung von Emissionsgrenzwerten (bzw. abweichender Anforderungen nach Nummer 6.7) sind erstmalig frühestens nach dreimonatigem Betrieb und spätestens zwölf Monate nach angezeigter Inbetriebnahme durch Messung einer Stelle nachzuweisen, die für die Ermittlung von Emissionen und Immissionen nach § 26 BImSchG im Land Brandenburg zugelassen ist. Wiederholungsmessungen sind entsprechend den Festlegungen des Genehmigungsbescheides durchzuführen. Abweichende Regelungen dazu können mit dem Zuwendungsbescheid erfolgen.
- 6.3 Falls geförderte Anlagen nach Art und Leistungsgröße einem Genehmigungsverfahren nach dem BImSchG unterliegen, sind mindestens die in Anlage 2 bzw. mit dem Zuwendungsgeber vorab abgestimmte abweichenden Anforderungen bei der Beantragung der Genehmigung zugrunde zu legen. Ihre Einhaltung ist im Rahmen der immissionsschutzrechtlich in der Genehmigung vorzuschreibenden Messungen nachzuweisen.

Sofern immissionsschutzrechtlich keine Messung vorgesehen ist, sind die mit Zuwendungsbescheid geforderten Messergebnisse dem zuständigen Amt für Immissionsschutz vorzulegen.

- 6.4 Werden im Rahmen der zu fördernden Maßnahme Investitionen zur Verminderung des Wärmebedarfs von Gebäuden vorgenommen, so sind die Anforderungen gemäß Anlage 3 einzuhalten.
- 6.5 Der Nachweis über die Einhaltung der Anforderungen nach Nummer 6.4 muss von einem Bauvorlagenberechtigten (z. B. Architekt oder Ingenieur) oder einem als gleichwertig anzusehenden Sachverständigen erbracht werden. Die ordnungsgemäße Ausführung ist vom Bauleiter zu bestätigen.
- 6.6 Werden im Rahmen der geförderten Maßnahmen Planungs-, Gutachter- oder Beratungsleistungen erbracht, so sind hierfür die Anforderungen gemäß Anlage 4 einzuhalten.
- 6.7 Für Förderprojekte zur Lärminderungsplanung nach § 47 a BImSchG ist gemäß dem Runderlass des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, des Ministers des Innern und des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr vom 16. Juni 1995 (ABl. S. 666) zu verfahren. Bei Maßnahmen nach den §§ 40 und 47 BImSchG sind die Vorgaben zuständiger Fachbehörden zu berücksichtigen.
- 6.8 Im Förderbescheid können von den Anforderungen nach den Nummern 6.1 bis 6.7 abweichende und zusätzliche Regelungen getroffen werden; insbesondere kann auf den Nachweis durch Messungen ganz oder teilweise verzichtet werden, und es können andere Grenzwerte vorgegeben werden, wenn sich dies im Einzelfall als erforderlich erweist.
- 6.9 Insbesondere zum Zwecke der Projektüberprüfung ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, über Verlauf und Ergebnisse des geförderten Vorhabens zu berichten. Die Einzelheiten werden im Zuwendungsbescheid geregelt.
- 6.10 Der Zuwendungsempfänger ist verpflichtet, für Anlagen zur Nutzung von Wasserkraft sowie für Motorenanlagen ab einer installierten Leistung von 25 kW geeignete Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherungen abzuschließen.
- 6.11 Maßnahmen, die nach dieser Richtlinie gefördert werden, dürfen bei vermieteten Räumen/Gebäuden in dem Umfang, wie öffentliche Fördermittel in Anspruch genommen werden, nicht mietwirksam werden.
- 6.12 Der Minister für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung kann in besonders begründeten Fällen in Abstimmung mit dem Minister der Finanzen Ausnahmen von den Vorschriften dieser Richtlinie zulassen, insbesondere wenn dies für die unverzügliche Durchführung dringender Maßnahmen notwendig ist, hierdurch Kosteneinsparungen erzielbar sind oder dies ein besseres Erreichen der angestrebten Projektziele erwarten lässt. Geltende Rechtsvorschriften bleiben hiervon unberührt. Die Ausnahmen können mit Auflagen oder Bedingungen verbunden und befristet erteilt werden.
- 6.13 Es gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) bzw. für Zuwendungen an Gemeinden (ANBest-G).
- 6.14 Der Zuwendungsgeber ist berechtigt, über das Fördervorhaben Presse- und sonstige Veröffentlichungen herauszugeben.
- 6.15 Bei allen Veröffentlichungen über das Projekt ist darauf hinzuweisen, dass die Maßnahmen durch Mittel des Landes Brandenburg und (sofern zutreffend) durch Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) nach dieser Richtlinie gefördert werden.
- 6.16 Die Förderung kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.
- 7 Antrags- und Bewilligungsverfahren**
- 7.1 Antragsverfahren
- 7.1.1 Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.9 ist der Antrag an das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung (MLUR) einzureichen. Die Antragstellung kann formlos erfolgen.
- 7.1.2 Für alle übrigen Maßnahmen gilt:
- Der Antrag ist in zweifacher Ausfertigung auf dem formgebundenen Antragsformular mit den zur Beurteilung erforderlichen Angaben und Unterlagen zu erstellen und bei der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) einzureichen. Die Antragsformulare sind bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten, dem Landesumweltamt Brandenburg und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg (ILB) sowie über das Internet erhältlich.
- 7.1.3 Ein vollständiger Antrag umfasst mindestens:
- Vorhabensbeschreibung, Ziel, Problemstellung (Angaben zur Lösung, Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, gegebenenfalls Verfahrensschemata und Fließbilder),
  - einen in 3 bis 5 Kostengruppen gegliederten detaillierten Kostenplan (Angebote, wenn verfügbar, beifügen),
  - Finanzierungsplan mit Angaben zur Herkunft der Mittel und ihrer Konditionen,
  - Zeitplan,
  - Lageplan, Übersichtsplan (bei Baumaßnahmen gegebenenfalls mit Angabe der geographischen Koordinaten); nach Prüfung des Antrages werden gegebenenfalls Unterlagen zum Zwecke einer baufachlichen Prüfung nachgefordert,
  - erforderliche umweltrechtliche und sonstige Genehmigungen,
  - gegebenenfalls Bestätigung der zuständigen Stellen, dass das beantragte Vorhaben im Einklang mit den Zielen und Erfordernissen von Umweltplanung,

Raumordnung, kommunaler und Landesplanung steht und dass die energierechtlichen Voraussetzungen erfüllt werden,

- gegebenenfalls Darlegung der Maßnahmen, die zur Einhaltung der in den Anlagen zur Richtlinie gestellten Anforderungen getroffen werden.

## 7.2 Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörde ist ab dem 1. Januar 2003 die InvestitionsBank des Landes Brandenburg, für Maßnahmen nach Nummer 2.1.9 das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung. Für Maßnahmen, die vor dem 1. Januar 2003 durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung beschieden worden sind, übt das Ministerium die Funktion der Bewilligungsbehörde weiterhin aus.

## 7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Die Anforderung und Auszahlung von Zuwendungen erfolgt entsprechend den VV zu § 44 LHO. Die Zahlungsanforderungen sind an die InvestitionsBank des Landes Brandenburg, für Maßnahmen nach Nummer 2.1.9 an das Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung zu richten. Die Auszahlung durch die ILB erfolgt im Wege der Erstattung. Zum Mittelabruf hat jeder Zuwendungsempfänger der ILB eine Übersicht über die bezahlten Rechnungen vorzulegen. Für Zuwendungsempfänger nach Nummer 3.2 gilt: Zum Mittelabruf hat der Zuwendungsempfänger der ILB eine Übersicht über die bezahlten Rechnungen einschließlich der Originalrechnungen und der Zahlungsbelege vorzulegen.

## 7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Der Verwendungsnachweis ist nach den VV zu § 44 LHO unter Verwendung der ausgereichten Formblätter gegenüber der InvestitionsBank des Landes Brandenburg zu führen; Zwischennachweise können gefordert werden.

Für Maßnahmen nach Nummer 2.1.9 ist der Verwendungsnachweis dem Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung vorzulegen.

## 7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis, die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 LHO und das Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg, insbesondere die §§ 49 und 49 a.

## 7.6 Einhaltung der Zuwendungsbedingungen

Über die Landeshaushaltsordnung hinaus sind die Regelungen auf der Grundlage bestehender und vorbehalten noch zu erlassender einschlägiger Vorschriften der

EU für den Strukturfondsförderzeitraum 2000 - 2006 zu beachten, insbesondere bezüglich der Auszahlungs- und Abrechnungsverfahren.

Die notwendigen Prüfungen erfolgen grundsätzlich durch die Bewilligungsbehörde bzw. durch die zuständigen Landesbehörden. Zu diesem Zweck haben diese das Recht, die Verwendung der Mittel durch Besichtigung an Ort und Stelle sowie Einsicht in Bücher, Belege und sonstige Unterlagen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen. Der Landesrechnungshof (LRH) und die zuständigen staatlichen Rechnungsprüfungsämter sind berechtigt, beim Zuwendungsempfänger, bzw. wenn Mittel an Dritte weitergeleitet wurden auch bei diesen, zu prüfen.

Darüber hinaus gilt:

Der Europäische Rechnungshof (ERH) und die Europäische Kommission sind berechtigt, beim Zuwendungsempfänger, bzw. wenn Mittel an Dritte weitergeleitet wurden auch bei diesen, zu prüfen, soweit Ausgaben ganz oder teilweise zu Lasten des Haushaltes der Europäischen Kommission geleistet wurden. Der Bundesrechnungshof (BRH) und die zuständigen Bundesbehörden sind berechtigt, beim Zuwendungsempfänger, bzw. wenn Bundesmittel an Dritte weitergeleitet wurden auch bei diesen, zu prüfen, soweit Ausgaben ganz oder teilweise zu Lasten des Bundeshaushaltes geleistet wurden.

## 8 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Die Förderrichtlinie tritt mit Wirkung vom 15. März 2002 in Kraft und ist bis zum 31. Dezember 2003 befristet. Gleichzeitig tritt die Richtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg für Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen vom 29. August 2002 (ABl. S. 926) außer Kraft.

Förderanträge, die vor dem In-Kraft-Treten der Richtlinie eingereicht und bis zum In-Kraft-Treten nicht entschieden wurden, werden nach dieser Richtlinie behandelt.

Anlage 1: Förderfähige Maßnahmen nach der Richtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

Anlage 2: Besondere Umweltauflagen an Einrichtungen zur Energieumwandlung bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

Anlage 3 Anforderungen an den Wärmeschutz von Gebäuden bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

Anlage 4: Anforderungen an Planungs-, Gutachter- und Beratungsleistungen bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

#### Anlage 1

### **Förderfähige Maßnahmen nach der Richtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen**

#### **2.1.1 Emissionsminderung bei ortsfesten Anlagen im Sinne des BImSchG**

Gefördert werden fortschrittliche Maßnahmen zur Emissionsminderung, die dazu führen, dass Emissionsgrenzwerte nach Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf der Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) und/oder die in der Praxis üblicherweise erreichten Emissionswerte und/oder Nachrüstungsfristen für Altanlagen erheblich unterschritten werden.

#### **2.1.2 Lärmschutz bei sozialen Einrichtungen und Einrichtungen mit öffentlich-rechtlicher Trägerschaft**

Gefördert wird in Einzelfällen der Einbau von Lärmschutzfenstern und -türen an bestehenden öffentlichen Verkehrswegen mit hoher Lärmbelastung, soweit an baulichen Anlagen die in § 2 der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des BImSchG vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036) festgelegten Immissionsgrenzwerte (Außenschallpegel) überschritten werden und keine Zahlungspflicht Dritter besteht. Grundsätzlich hat aber aktiver Lärmschutz Vorrang vor passivem Lärmschutz.

Nach Durchführung der Maßnahmen muss die Einhaltung der Schutzanforderungen der Richtlinie VDI 2719 „Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen“ bzw. DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ gewährleistet sein. Für Fenster und Fenstertüren ist außerdem ein k-Wert von 1,2 kWh/(m<sup>2</sup> K a) oder besser einzuhalten. Die Gestaltung der Fenster muss im Einklang mit dem äußeren Erscheinungsbild des Gebäudes stehen.

#### **2.1.3 Integrierte Projekte in ländlichen Bereichen**

Gefördert werden integrierte komplexe Projekte, die in vorbildlicher Form Maßnahmen zur Umweltentlastung, Ressourcenschonung und zur CO<sub>2</sub>-Minderung durch Einsparung bzw. Sub-

stitution fossiler Energieträger z. B. durch Anlagen zur solaren Nahwärmeversorgung, Anlagen zur Nutzung landwirtschaftlicher Reststoffe und anderer erneuerbarer Energien zur Erzeugung von Strom und Wärme in Verbindung mit Maßnahmen zur Verminderung des Strom-, Wasser- sowie Energiebedarfs und des Abwasseranfalls verbinden. Die Förderung ist für nachfolgende Einzelelemente des Projektes wie folgt begrenzt:

- bei Photovoltaikanlagen auf maximal 7.500 €/kW<sub>p</sub>
- bei gebäudebezogenen solarthermischen Anlagen für die ersten 6 m<sup>2</sup> Kollektorfläche pauschal 750 Euro, höchstens jedoch bis zu 25 Prozent der anerkannten zuwendungsfähigen Ausgaben. Für jeden weiteren zusätzlich notwendigen Quadratmeter Kollektorfläche beträgt die Förderhöhe 125 €/m<sup>2</sup>, höchstens jedoch bis zu 25 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Es werden nur solarthermische Anlagen gefördert, die die Anforderungen des Umweltzeichens RAL-UZ 73 „Sonnenkollektoren“ (Blauer Engel) erfüllen. Demzufolge muss u. a. der Jahresenergieertrag mindestens 525 kWh pro Quadratmeter Kollektorfläche und Jahr (bezogen auf den Standort Würzburg) betragen. Hierzu sind die entsprechenden Herstellernachweise bei Antragstellung vorzulegen.

Die vorgenannten Obergrenzen der Förderung schließen die erforderlichen Nebeneinrichtungen (Speicher, Pumpen, Regelung etc.) ein. Photovoltaikanlagen, Wasserkraftanlagen sowie solarthermische Anlagen außerhalb von integrierten Projekten in ländlichen Bereichen (Nummer 2.1.3) und ökologischen Musterbauvorhaben (Nummer 2.1.4) können vom Ministerium für Wirtschaft gefördert werden.

#### **2.1.4 Ökologische Musterbauten in Niedrigenergiebauweise**

Gefördert werden die Vorhabensbestandteile bei der Errichtung von Gebäuden, die in vorbildlicher Form zur Umweltentlastung, Ressourcenschonung sowie zur CO<sub>2</sub>-Minderung durch Einsparung fossiler Energieträger beitragen, und zwar durch Minimierung des Strom- und Wärmebedarfs und die Nutzung erneuerbarer Energien. Der rechnerisch nachzuweisende Wärmebedarf von zu fördernden ökologischen Musterbauten in Niedrigenergiebauweise muss mindestens 50 Prozent unter der geltenden Energieeinsparverordnung (EnEV) liegen; die Nutzung regenerativer Energien wird vorausgesetzt. Bei der Berechnung sind die Ansätze der Anlage 3 zu beachten.

Die Förderung ist für Einzelelemente des Vorhabens wie bei Maßnahme 2.1.3 begrenzt. Die Anforderungen nach Anlage 3 zu dieser Richtlinie sind einzuhalten.

#### **2.1.5 Konzepte und Maßnahmen zur Emissionsminderung durch Energieeinsparung in Verbindung mit nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Anlagen, Minderung von Abwärme, Wärmenutzung, Energierückgewinnung**

Gefördert werden bei Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftig sind oder im Zusammenhang mit diesem betrieben werden, Konzepte und ihre Realisierung, die in vorbildlicher Form Maßnahmen zur Energie-

einsparung, Energierückgewinnung, Minderung und Nutzung von Abwärme dergestalt verwirklichen, dass dadurch ein wesentlicher, über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehender Beitrag zur Umweltentlastung, Ressourcenschonung sowie zur CO<sub>2</sub>-Minderung durch Einsparung fossiler Energieträger geleistet wird. Vorhaben für Einrichtungen zur Energierückgewinnung aus Anlagen, die nach dem BImSchG nicht genehmigungsbedürftig sind oder mit festen Brennstoffen betrieben werden, können durch das Ministerium für Wirtschaft gefördert werden.

#### **2.1.6 Demonstrationsvorhaben zur innovativen Abfallvermeidung und -verwertung im Sinne von § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG**

Gefördert werden Maßnahmen für die Abfallvermeidung bzw. -verwertung aus genehmigungsbedürftigen Anlagen nach BImSchG. Die Vorhaben müssen in vorbildlicher Form der Ressourcenschonung dienen und in wesentlichem Umfang innovative Maßnahmen beinhalten. Entscheidend sind die Art (unter Beachtung des Gefährdungspotentials für die Umwelt), aber auch die anfallende Menge bzw. die Vermeidungs-/Verwertungsrate.

Förderfähig sind Demonstrationsvorhaben, die mit erheblichen Aufwendungen verbunden sind. Bei der Beurteilung der Erheblichkeit sind wirtschaftliche und umweltbezogene Gesichtspunkte im Einzelfall gegeneinander abzuwägen.

#### **2.1.7 Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung bis 5 MW<sub>el</sub> in Verbindung mit integrierten Konzepten zur Umweltentlastung**

Gefördert werden die Errichtung, Rekonstruktion und Erweiterung von Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung bis zu einer elektrischen Gesamtleistung von 5 MW in Verbindung mit Projekten, die in vorbildlicher Form Maßnahmen zur Umweltentlastung, Ressourcenschonung und der CO<sub>2</sub>-Minderung durch Einsparung fossiler Energieträger verbinden, Maßnahmen zur Verminderung des Wärme- und Strombedarfs, zur Nutzung erneuerbarer Energien oder zur weitgehenden Emissionsminderung, beispielsweise durch Verbrennen lösemittelhaltiger Abluftströme oder fortschrittliche Emissionsminderungstechnik.

#### **2.1.8 Erstellung örtlicher und regionaler Umweltentlastungs- und Energiekonzepte bezüglich Luftreinhaltung, Lärminderung und Ressourcenschonung sowie Maßnahmen zu ihrer Umsetzung**

Gefördert wird die Erstellung solcher Konzepte in Gebieten, in denen die Voraussetzungen zur Erstellung von Luftreinhalteplänen als Sanierungs- oder Vorsorgepläne nach § 47 BImSchG, von Lärminderungsplänen nach § 47 a BImSchG und/oder von Maßnahmen im Sinne des § 40 BImSchG gegeben sind oder wo dies für die Zukunft zu besorgen ist. Die Förderung erfolgt im Vorgriff auf die spätere Erstellung solcher Pläne und zur Beschleunigung des Verfahrens zu ihrer Erstellung, gegebenenfalls auch vorsorglich, um die Notwendigkeit solcher Pläne zu vermeiden. Die Konzepte haben sowohl genehmigungsbedürftige

als auch nichtgenehmigungsbedürftige Anlagen und Einrichtungen im Betrachtungsgebiet einzubeziehen. Die Anforderungen nach Anlage 4 zu dieser Richtlinie sind zu beachten. Die Förderung erfolgt unter der Voraussetzung, dass sich der Zuwendungsempfänger verpflichtet, abhängig von den Ergebnissen der Konzepterstellung diese - in Absprache mit dem MLUR - ganz oder teilweise in konkrete Realisierungsmaßnahmen umzusetzen.

Umsetzungsmaßnahmen können gefördert werden, soweit

- sie Bestandteil eines komplexen und integrierten Umsetzungsprogramms sind,
- die umweltverbessernde Wirkung auf Schwerpunkte der vorhandenen und/oder geplanten Siedlungsstruktur ausgerichtet ist,
- sie hinsichtlich ihrer Durchführung, Gestaltung oder Wirkung von Allgemeininteresse sind und einen auf ähnliche Probleme übertragbaren Lösungsansatz aufweisen.

Konzepte, Programme, Studien und Veranstaltungen zur Verwirklichung der energiepolitischen Ziele des Landes Brandenburg können durch das Ministerium für Wirtschaft gefördert werden.

#### **2.1.9 Minderung/Beseitigung radioaktiver Kontaminationen in der Umwelt**

Gefördert werden Maßnahmen von Kommunen zur Ermittlung, Erfassung, Minimierung und Beseitigung von radioaktiven Kontaminationen in der Umwelt, die aufgrund eines früheren Umgangs mit radioaktiven Stoffen entstanden sind und bei denen der Verursacher nicht mehr in Anspruch genommen werden kann. Förderfähig im Sinne dieser Richtlinie sind auch Abspermaßnahmen zur vorläufigen Sicherung.

### **Anlage 2**

#### **Besondere Umwelanforderungen an Einrichtungen zur Energieumwandlung bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen**

- 1 Alle bundes- oder landesrechtlichen Bestimmungen bleiben von den nachfolgend aufgeführten Umwelanforderungen unberührt. Dies gilt insbesondere für Vorschriften auf der Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), der Wassergesetze sowie der Naturschutzgesetze.

Durch den Antragsteller sind bei einzuholenden Erlaubnissen, Genehmigungen oder Zulassungen die gleichen Werte zu beantragen, wie im Förderantrag enthalten.

- 2 Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass es wünschenswert ist, alle Möglichkeiten der rationellen Wasserverwendung und der Verminderung sonstiger Umweltbelastungen auszuschöpfen.

- 3 Voraussetzung für eine Förderung von Einrichtungen zur Energieumwandlung ist, dass die Einhaltung der nachfolgend aufgeführten Umweltauflagen spätestens vor der ersten Mittelanforderung, z. B. durch eine Garantierklärung des Lieferanten oder durch Messwerte o. Ä., nachgewiesen wird.
- 4 Soweit im Förderbescheid nichts anderes bestimmt ist, muss der Einbau von Vorrichtungen zur Verminderung des Ausstoßes von Schadstoffen bis zur Inbetriebnahme der Anlagen erfolgen.
- 5 Die Umweltauflagen gelten in der Regel für Normbrennstoffe. Bei davon deutlich abweichenden Verhältnissen kann die Bewilligungsbehörde andere Anforderungen festlegen. Beim Einsatz von Bio-, Deponie-, Holz- und Klärgas sowie Holz und Pflanzenöl (verestert und nicht verestert) sind die besten nach dem Stand der Technik verfügbaren Emissionsminderungsverfahren unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Vertretbarkeit einzusetzen. Die Grenzwerte werden im Einzelfall unter den Grenzwerten der Technischen Anleitung Luft (TA Luft) durch das Landesumweltamt festgelegt.

Für die einzelnen Anlagen gelten folgende dauernd einzuhalten Grenzwerte bzw. Anforderungen ( $Q$  = Feuerungsleistung):

#### 5.1 Verbrennungsmotoren mit den Brennstoffen Erdgas sowie Heizöl EL:

- $\text{NO}_x$  250 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 250 mg/Nm<sup>3</sup>
- Staub/Ruß 50 mg/Nm<sup>3</sup>

bezogen auf 5 %  $\text{O}_2$  im Abgas. Zum Einsatz von Bio-, Deponie-, Holz- und Klärgas wird auf Nummer 5 letzter Satz verwiesen.

#### 5.2 Gasturbinen im Blockheizkraftwerk mit den Brennstoffen Erdgas sowie Heizöl EL:

- $\text{NO}_x$  150 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 50 mg/Nm<sup>3</sup>

bezogen auf 15 %  $\text{O}_2$  im Abgas. Zum Einsatz von Bio-, Deponie-, Holz- und Klärgas wird auf Nummer 5 letzter Satz verwiesen.

#### 5.3 Genehmigungsbedürftige Feuerungsanlagen sowie Absorptionswärmepumpen (AWP) mit den Brennstoffen Erdgas sowie Heizöl EL:

- $\text{NO}_x$  150 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 150 mg/Nm<sup>3</sup>

bezogen auf 3 %  $\text{O}_2$  im Abgas. Zum Einsatz von Bio-, Deponie-, Holz- und Klärgas sowie Holz wird auf Nummer 5 letzter Satz verwiesen.

#### 5.4 Stroh- und Holzfeuerungsanlagen:

##### (1) $Q < 0,1$ MW

- $\text{NO}_x$  250 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 500 mg/Nm<sup>3</sup> (bei Nennlastbetrieb)
- Staub 150 mg/Nm<sup>3</sup>

##### (2) $0,1$ MW $< Q < 5$ MW

- $\text{NO}_x$  250 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 250 mg/Nm<sup>3</sup> (bei Nennlastbetrieb)
- Staub 50 mg/Nm<sup>3</sup>

##### (3) $Q > 5$ MW

- $\text{NO}_x$  150 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 250 mg/Nm<sup>3</sup>
- Staub 20 mg/Nm<sup>3</sup>

jeweils bezogen auf 11 %  $\text{O}_2$  im Abgas. Es darf nur unkontaminierte Biomasse eingesetzt werden. Bei Nutzung anderer Brennstoffe außer Stroh bzw. Holz nach Nummer 2.1.8 der Anlage 1 in der Feuerungsanlage ist die Förderfähigkeit nicht gegeben.

#### 5.5 Nicht genehmigungsbedürftige Kleinfeuerungsanlagen mit dem Brennstoff Erdgas:

- $\text{NO}_x$  51 mg/Nm<sup>3</sup> (45 mg/kWh)
- CO 38 mg/Nm<sup>3</sup> (35 mg/kWh)

bezogen auf 0 %  $\text{O}_2$  im trocknen Abgas.

#### 5.6 Nicht genehmigungsbedürftige Kleinfeuerungsanlagen mit den Brennstoffen Bio-, Holz- und Klärgas:

- $\text{NO}_x$  94 mg/Nm<sup>3</sup> (80 mg/kWh)
- CO 59 mg/Nm<sup>3</sup> (60 mg/kWh)

bezogen auf 0 %  $\text{O}_2$  im trocknen Abgas. Weitere Grenzwerte sind nach Vorlage der aktuellen Brennstoffanalyse festzulegen.

#### 5.7 Nicht genehmigungsbedürftige Kleinfeuerungsanlagen mit dem Brennstoff Heizöl EL:

- $\text{NO}_x$  113 mg/Nm<sup>3</sup> (100 mg/kWh)
- CO 56 mg/Nm<sup>3</sup> (50 mg/kWh)

bezogen auf 0 %  $\text{O}_2$  im trocknen Abgas und 140 mg Stickstoff/kg im Heizöl; Rußzahl 0,5.

#### 5.8 Anlagen zur Nutzung von Deponiegas:

Da die Umwelttechnik im Bereich der Deponiegasnutzung noch in der Entwicklung begriffen ist, werden für die Förderung entsprechender Anlagen bzw. Komponenten vorbehaltlich der abschließenden Festlegung durch das Landesumweltamt Brandenburg gemäß Nummer 5 vorläufig die nachstehenden Emissionsgrenzwerte zugrunde gelegt:

- $\text{SO}_x$  (als  $\text{SO}_2$ ) 500 mg/Nm<sup>3</sup>
- $\text{NO}_x$  (als  $\text{NO}_2$ ) 500 mg/Nm<sup>3</sup>

- Staub 5 mg/Nm<sup>3</sup>
- CO 100 mg/Nm<sup>3</sup>

(650 mg/m<sup>3</sup> bei Motoren und Turbinenanlagen)

dampf- und gasförmige anorganische Chlorverbindungen, angegeben als:

- HCL 30 mg/Nm<sup>3</sup>

dampf- und gasförmige anorganische Fluorverbindungen, angegeben als:

- HF 5 mg/Nm<sup>3</sup>
- PAH 0,1 mg/Nm<sup>3</sup>
- krebserzeugende Stoffe gemäß Nummer 2.3 TA Luft
- polyhalogenierte Dibenzodioxine, -furane, Biphenyle u. a. m. gemäß Nummer 3.1.7 TA Luft

organische Verbindungen, angegeben als:

- Gesamt-C 20 mg/Nm<sup>3</sup>

Emissionsgrenzwerte bezogen auf 3 % O<sub>2</sub> im Abgas bei Feuerungsanlagen (Muffel) und auf 5 % O<sub>2</sub> im Abgas bei Motoren und Turbinenanlagen.

5.9 Wärmepumpen als Bestandteil von Vorhaben müssen eine Jahresarbeitszahl von mindestens 3,5 erreichen.

6 Bei Bio-, Holz- und Klärgas sollte vorbehaltlich der abschließenden Festlegung durch das Landesumweltamt gemäß Nummer 5 der H<sub>2</sub>S-Gehalt des verwendeten Gases nicht über 50 ppm liegen.

7 Bei der Holzgaserzeugung darf die Summe halogener Kohlenwasserstoffe (als Cl) maximal 100 mg/m<sup>3</sup> Abwasser betragen. Bei der Erzeugung von Biogas und Holzgas darf nur unkontaminierte Biomasse eingesetzt werden, kein Haus-, Gewerbe- und Industriemüll.

8 Gaskessel sind grundsätzlich in Brennwertechnik auszuführen.

9 Bei Brennwertenutzung ist vor Einleitung des Abwassers, falls erforderlich, eine Kondensatbehandlung (Neutralisation) vorzunehmen.

10 Bei Wärmeerzeugern für Raumheizzwecke

(1) ist die Wärmeleistung auf der Grundlage von DIN 4701 festzulegen. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern ist eine vereinfachte Berechnung gemäß § 4 Abs. 2 der Heizungsanlagenverordnung (HeizAnV) vom 22. März 1994 (BGBl. I S. 613) zulässig;

(2) darf die eingestellte Nennwärmeleistung den nach Nummer (1) berechneten Wärmebedarf nicht übersteigen, sofern das kleinstmögliche Aggregat eingebaut wird.

(3) Wärmeerzeuger

Erdgas: Brennwertenutzung des Heizkessels, Normnutzungsgrad 102 % (nach DIN 4702 T6)

Heizöl: Normnutzungsgrad 92 % (nach DIN 4702 T8)

(4) Mit dem Normnutzungsgrad müssen vom Kesselhersteller der Kesselwirkungsgrad und die Abgasverluste für den Nennleistungspunkt angegeben werden.

### Anlage 3

#### Anforderungen an den Wärmeschutz von Gebäuden bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

1 Alle bundes- und landesrechtlichen Anforderungen bleiben von den nachfolgenden Umwelanforderungen unberührt.

2 Neu zu errichtende Gebäude

Beträgt der Wärmebedarf für das Gebäude 50 Prozent oder weniger des zulässigen Wertes der geltenden EnEV, sind folgende Einzelmaßnahmen förderfähig:

- solare Warmwasserbereitung: wie unter Nummer 2.1.3 der Anlage 1

- solare Heizungsunterstützung: wie unter Nummer 2.1.3 der Anlage 1

- Einsparung von Heizenergie: 20 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, maximal 8.250 €/WE, maximal 50.000 € je Gebäude (ab 2. WE 4.750 €/WE)

### Anlage 4

#### Anforderungen an Planungs-, Gutachter- und Beratungsleistungen bei Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg zur Förderung von Vorhaben des Immissionsschutzes und zur Begrenzung energiebedingter Umweltbelastungen

1 Allgemeine Anforderungen

1.1 Die Planungen, Gutachterleistungen und Beratungen sind objektiv und unvoreingenommen von unabhängigen Sachverständigen oder Sachverständigeninstitutionen durchzuführen, die die für den Auftrag erforderliche Qualifikation besitzen und über die notwendige Zuver-

lässigkeit verfügen. Die Beratung muss insbesondere unabhängig von Hersteller- und Vertriebsinteressen sowie Geschäftsinteressen Dritter erfolgen.

1.2 Die Auswahl des Beraters trifft - im Rahmen der genannten Anforderungen - der Antragsteller.

1.3 Die energiebezogenen Beratungen sollen sich an den Anforderungen nach den Anlagen 2 und 3 orientieren. Ergänzend sind die Leitfäden der Brandenburgischen Energiespar-Agentur zur Erstellung von Energiekonzepten zu beachten.

2 Emissionsminderungs- und Energiesparberatung bei Gebäuden

Die Beratungsleistung soll insbesondere umfassen:

2.1 eine Ist-Aufnahme des energie- und emissionsrelevanten Zustandes des Gebäudes und der haustechnischen Anlagen unter Nutzung von Bauunterlagen (soweit vorhanden);

2.2 Angaben zum Energieverbrauch und zu den entstehenden Emissionen (SO<sub>2</sub>, NO<sub>x</sub>, CO, CO<sub>2</sub>, Staub/Ruß), basierend auf Energieverbrauchsbelegen und Messprotokollen (soweit vorhanden) sowie Abschätzungen auf der Grundlage der Ergebnisse von Nummer 2.1 und Erfahrungswerten;

2.3 eine Darstellung der umwelt- und energiebezogenen Schwachstellen und Mängel;

2.4 Überprüfung der Möglichkeiten zur Errichtung einer Anlage mit Kraft-Wärme-Kopplung, zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie zum Anschluss an eine Fernwärmeversorgung;

2.5 Lösungsvorschläge zur Minderung der Emissionen und des Energieverbrauchs einschließlich Angabe des Investitionsbedarfs und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für jeden Vorschlag und die Gesamtheit der Vorschläge;

2.6 eine Darstellung der Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für die Durchführung der Maßnahmen sowie einen Vorschlag zum Vorgehen bei der Realisierung (gegebenenfalls schrittweise).

3 Emissionsminderungs- und Energiesparberatung von Unternehmen

Die Beratungsleistung soll insbesondere umfassen:

3.1 eine Ist-Aufnahme der Umwelt- und Energiesituation des Unternehmens einschließlich der Definition umwelt- und energierelevanter Problembereiche unter Berücksichtigung des Standortes;

3.2 eine energie- und verfahrenstechnische Beschreibung der Anlage und des Verfahrens einschließlich einer Kennzeichnung der Wärme- und Stoffströme unter Verwendung von Wärmeschaltbildern, Energieflussdia-

grammen und verfahrenstechnischen Fließbildern sowie einer Angabe der von der Anlage verursachten Umweltbelastungen (u. a. CO<sub>2</sub>) unter Berücksichtigung der bezogenen Energieträger;

3.3 eine Analyse der umwelt- und energieseitigen Schwachstellen;

3.4 eine Darlegung der technisch möglichen Maßnahmen zur Umweltentlastung und Energieeinsparung unter Berücksichtigung fortschrittlicher Verfahren der Emissionsminderung, der Möglichkeiten, die Anlagen und Einrichtungen des Unternehmens am Standort energetisch und umweltseitig intelligent zu gestalten, zu betreiben und zu verknüpfen (u. a. betriebsinterne Wärmenutzung) sowie der Möglichkeiten, Verbund- und Gemeinschaftslösungen mit Dritten (Wärmelieferung oder -bezug, gemeinsame Anlagen) zu realisieren (z. B. Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbarer Energien, Reststoffvermeidung und -verwertung);

3.5 eine Bewertung der Maßnahmen im Hinblick auf die zu erwartenden Umweltentlastungen und Energieeinsparungen;

3.6 eine Differenzierung der Maßnahmen nach Sofortmaßnahmen und erwünschten, weitergehenden umweltentlastenden und energiesparenden Maßnahmen;

3.7 eine Kosten- und Ertragsrechnung für die erforderlichen Investitionen;

3.8 die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen unter Berücksichtigung von Drittfinanzierungs- und Betreibermodellen sowie öffentlichen Förderprogrammen;

3.9 einen Vorschlag zur - gegebenenfalls schrittweisen - Realisierung von Maßnahmen;

3.10 die Benennung der zu beteiligenden Behörden.

4 Örtliche und regionale Umweltentlastungs- und Energiekonzepte

Die Planungs-, Gutachter- und Beratungsleistung soll insbesondere umfassen:

4.1 eine Ist-Aufnahme und Darstellung der Umwelt- und Energiesituation im Betrachtungsgebiet, entsprechend der konkreten Notwendigkeit differenziert nach Haushalten, Kleinverbrauchern, Industrie, Verkehr, Versorgungsinfrastruktur;

4.2 eine umwelt- und energiebezogene Analyse und Bewertung der Ist-Aufnahme mit Schwachstellenanalyse und Darstellung prioritärer Ansatzpunkte für Verbesserungsmaßnahmen;<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Die Vorgehensweise für die Lärminderung ist im gemeinsamen Runderlass des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung, des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr und des Ministers des Innern (ABl. 1995 S. 666) geregelt.

- 4.3 eine Darstellung der Möglichkeiten zur Umweltentlastung und Energieeinsparung in den unter Nummer 3.1 genannten Bereichen unter Berücksichtigung fortschrittlicher Maßnahmen zur Emissionsminderung, zur Senkung des Bedarfs an Strom und Wärme sowie zur Minderung der verkehrsbedingten Umweltbelastungen; hierbei sind u. a. die Möglichkeiten des Wärmeschutzes, der Energieträgersubstitution der Fern- und Nahwärmeversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung, der Nutzung industrieller Abwärme, der Nutzung erneuerbarer Energien und verkehrsbeeinflussender Maßnahmen zu betrachten;
- 4.4 die Ermittlung der mit den betrachteten Maßnahmen verbundenen Umweltentlastungs- und Energiesparpotentiale;
- 4.5 die Ermittlung der zur Realisierung der betrachteten Maßnahmen erforderlichen Investitionen und ihrer Wirtschaftlichkeit;
- 4.6 die Ermittlung und Analyse der einer Realisierung der betrachteten Maßnahmen gegebenenfalls entgegenstehenden Hemmnisse sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zu ihrer Überwindung;
- 4.7 die Erarbeitung von mindestens zwei Szenarien zur Umweltentlastung und Energieeinsparung für das Betrachtungsgebiet einschließlich der Umsetzungsstrategien und der erforderlichen flankierenden Maßnahmen, eines möglichen Zeitplanes für die Umsetzung, Angabe der mit der Realisierung der Szenarien verbundenen Umweltentlastung und Energieeinsparung, der Folgen für die Energiebedarfs- und -versorgungsstruktur sowie der erforderlichen Investitionen und der Wirtschaftlichkeit;
- 4.8 die Erarbeitung von Finanzierungsmodellen entsprechend Nummer 3.8.

### **Einführung technischer Regelwerke für das Straßenwesen in Brandenburg**

### **Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV M 02)**

Runderlass des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr  
Abteilung 5 - Nr. 26/2003 - Straßenbau  
Vom 7. März 2003

Der Runderlass richtet sich an die

- Straßenbaubehörden des Landes Brandenburg,
- Straßenbaudienststellen der Landkreise und Gemeinden.

I.

Mit dem Allgemeinen Rundschreiben Straßenbau Nr. 3/2002 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen (ZTV M 02)“ für Bundesfernstraßen eingeführt.

Hiermit werden die ZTV M 02 für Landesstraßen eingeführt. Es wird empfohlen, sie für die im Zuständigkeitsbereich der Landkreise, Städte und Gemeinden liegenden Straßen anzuwenden.

Die ZTV M 02 behandeln Markierungen auf Straßen. Sie gelten nicht für Markierungen in Parkhäusern, auf Flugbetriebsflächen und nicht für vorübergehende (gelbe) Markierungen.

II.

Die ZTV M 02 wurden unter Beteiligung der Straßenbauverwaltungen der Länder aufgestellt.

Es wird gebeten, die Erfahrungen bei der Anwendung der ZTV M 02 für eine spätere Auswertung sorgfältig zu erfassen und hierüber bis zum 30. November 2003 zu berichten.

III.

Die ZTV M 02 sind beim FGSV Verlag, Wesseling Str. 17, 50999 Köln, zu beziehen.

### **Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft über die Förderung der Markterschließung brandenburgischer kleiner und mittlerer Unternehmen im In- und Ausland (Markterschließungsrichtlinie)**

Vom 6. März 2003

#### **1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

- 1.1 Das Land Brandenburg gewährt auf der Grundlage der VO (EG) Nr. 1260/1999 des Rates vom 21. Juni 1999 mit allgemeinen Bestimmungen über die Strukturfonds, der VO (EG) Nr. 1686/2000 der Kommission vom 28. Juli 2000 mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EG) Nr. 1260/1999 des Rates hinsichtlich der Zuschussfähigkeit der Ausgaben für die von den Strukturfonds kofinanzierten Operationen sowie der §§ 23, 44 der Landeshaushaltsordnung (LHO) und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Sinne der EU-Definition<sup>1</sup> zur Förde-

<sup>1</sup> Vgl. die Definition in Anhang 1 zur Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EGV auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (ABl. EG Nr. L 10 S. 33 vom 13. Januar 2001).

zung der Markterschließung auf in- und ausländischen Märkten einschließlich der Teilnahme als Aussteller an Messen im In- und Ausland.

- 1.2 Ziel dieser Richtlinie ist die Markterschließungs- und Absatzförderung von Produkten und Dienstleistungen vor allem für kleine, aber auch für mittlere Unternehmen sowie die Vernetzung der Unternehmen zum Ausgleich der strukturellen Wettbewerbsnachteile der brandenburgischen Unternehmen. Die Förderung soll sich entweder auf die Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen oder die Erschließung neuer Märkte richten. Gefördert werden die KMU direkt oder mittelbar als Gruppen, insbesondere bei einer gemeinsamen Beteiligung mehrerer Unternehmen an Messen, Ausstellungen, Kooperationsbörsen und anderen Veranstaltungen, wenn ein besonderes Landesinteresse im Einzelfall eine Förderung rechtfertigt.
- 1.3 Zuwendungen nach dieser Richtlinie sind subsidiäre Hilfen des Landes. Sie sind zusätzliche und ergänzende Hilfen, insbesondere zu Zuwendungen nach der Beratungsrichtlinie (GA-B), der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen zur Förderung der Kompetenzentwicklung durch Qualifizierung in kleinen und mittleren Unternehmen im Land Brandenburg sowie für Produkt- und Verfahrensinnovationen. Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Eine angemessene Beteiligung der antragstellenden KMU an den förderfähigen Kosten ist in jedem Fall Voraussetzung für eine Förderung.
- 1.4 Ein Anspruch auf Gewährung einer Zuwendung nach dieser Richtlinie besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## 2 Gegenstand der Förderung

Nach dieser Richtlinie sind folgende Maßnahmen als Teil eines Gesamtkonzeptes zur Markterschließung im In- und Ausland förderfähig:

### 2.1 Markterschließung im In- und Ausland

- Beratung bei der Erstellung von regionalen und sektoralen Marktanalysen sowie von Markterschließungs- und Vertriebskonzepten für den Absatz der eigenen Produkte und Dienstleistungen,
- Beratung zur Ausrichtung des Unternehmens auf bestimmte Märkte, kundenorientierte Zertifizierungs- und Normierungsverfahren insbesondere für ausländische Märkte,
- Beratung bei Produktanpassung und Anpassung des Designs sowie branchenbezogener Absatzstrategien,
- Beratung bei der Erarbeitung von deutschen und fremdsprachigen Präsentations- und Werbematerialien (Layoutberatung) im Zuge einer Markterschließungsstrategie (z. B. Druckschriften, Filme, Internet-Seiten, Multimedia),

- Beratung im Zusammenhang mit der Vorbereitung sowie Nachbereitung von Messen, Ausstellungen, Kooperationsbörsen und Unternehmerreisen,
- Erstattung von Reisekosten bei der Teilnahme von Unternehmern an Reisen zur Anbahnung von Kontakten durch politische Funktionsträger des Landes Brandenburg und/oder der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH im In- und Ausland,
- Information über Ausschreibungen sowie die Beratung bei der Erstellung fremdsprachlicher Angebote,
- Beratung bei der Erarbeitung von Konzepten für die Kooperation und Vernetzung markterschließender Maßnahmen im Rahmen von Arbeits- und Anbietergemeinschaften sowie Dachmarkenbildung,
- Beratung zu Fragen der Ausfuhrbestimmungen, insbesondere im Hinblick auf die notwendigen Dokumente und Vorschriften im Ausland, die Wahl geeigneter Absatzwege, Zoll- und Präferenzbestimmungen, sowie der Exportfinanzierung, Exportversicherung und weitere exportrelevante Maßnahmen,
- Erstellung eines Kompendiums mit den in die gängigen Wirtschafts- und Verhandlungssprachen übersetzten Begriffen,
- Beratung und Information von potentiellen in- und ausländischen Handelsvermittlern im Zuge der Markterschließung,
- allgemeine Beratung zu der Planung bei Gründung von und Beteiligung an Firmenpools zur gemeinsamen Vertretung der Unternehmen im Ausland zur gemeinschaftlichen Erschließung ausländischer Märkte,
- Beratung bei Konzepten für die Kooperation und Vernetzung sowie markterschließender Maßnahmen im Rahmen von Bieter- und Arbeitsgemeinschaften, vorbereitende Maßnahmen zur Bildung von Arbeitskreisen, Erfahrungsaustausch- und Projektgruppen sowie zum Aufbau von Vertriebskooperationen mit ausländischen KMU-Partnern.

### 2.2 Messen, Ausstellungen, Kooperationsbörsen und andere Veranstaltungen

- Einzel- und Gemeinschaftsteilnahmen an überregionalen Messen und Ausstellungen mit vorwiegend fachspezifischer Ausrichtung, soweit diese nicht überwiegend dem Direktverkauf dienen,
- Einzelteilnahmen an regionalen Messen, wenn sie im Messeförderprogramm des Ministeriums für Wirtschaft enthalten sind,
- Organisation von Arbeitsgruppen zur Unterhaltung und Koordinierung von Gemeinschaftsständen mehrerer KMU auf Messen und Ausstellungen mit vorwiegend fachspezifischer Ausrichtung, wenn sie im Messeprogramm des Ministeriums für Wirtschaft enthalten sind,
- Teilnahme an Industriezweiginitiativen, Unternehmensforen, Industriesymposien und Zuliefererkreisen.

## 2.3 Von der Förderung ausgenommen sind

- Maßnahmen, die sich auf einen konkreten Geschäftsabschluss beziehen,
- reine Adressenangaben, allgemein zugängliche Marktanalysen, Prognosen und Darstellungen oder deren Zusammenstellung.

**3 Zuwendungsempfänger**

## 3.1 Zuwendungsempfänger können sein:

## 3.1.1 Kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz oder einer Betriebsstätte im Land Brandenburg, die

- weniger als 250 Personen beschäftigen und
- einen Jahresumsatz von höchstens 40 Millionen Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 27 Millionen Euro haben und
- nicht zu 25 Prozent oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz von einem oder von mehreren Unternehmen gemeinsam stehen, welche die Definition der KMU nicht erfüllen.

Vorrangig sollen kleine Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und einen Jahresumsatz von höchstens 7 Millionen Euro oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 5 Millionen Euro haben, gefördert werden.

## 3.1.2 Ein bevollmächtigter Gruppensprecher, der auch für die Abwicklung und die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel verantwortlich zeichnen muss, für Gruppen von mindestens drei Unternehmen im Sinne von Nummer 3.1.1, die ihren Sitz oder ihre Betriebsstätte im Land Brandenburg haben und die sich vertraglich zu einem gemeinsamen Vorhaben zusammengeschlossen haben.

## 3.2 Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen folgender Branchen:

Schiffbau, Kunstfasern, Kraftfahrzeuge, Fischerei, Verkehr, die vom EGKS-Vertrag erfasste Kohle- und Stahlindustrie sowie Landwirtschaft im Hinblick auf die Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Anhang I des EG-Vertrages).

**4 Zuwendungsvoraussetzungen**

## 4.1 Ein aussagefähiges strategisches Gesamtkonzept zur Markterschließung, das sich aus mehreren in den Nummern 2.1 und 2.2 genannten Maßnahmen zusammensetzen kann, einschließlich einer Darstellung der Einzelmaßnahmen (Arbeitsprogramm), eines Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplanes, muss vorliegen.

## 4.2 Die Vermarktungshilfen müssen sich auf die Erschließung eines vom Antragsteller zu bestimmenden Marktes

und Produkte bzw. Dienstleistungen beziehen, die Marktchancen erwarten lassen.

## 4.3 Dienstleistungen zur Umsetzung der Maßnahmen nach Nummer 2.1 dürfen nur durch externe Berater durchgeführt werden. Externe Dienstleister, die für die Durchführung der Maßnahmen eingesetzt werden sollen (z. B. Unternehmensberatungen, Designer, Werbeagenturen), müssen über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen. Ihre Qualifikation soll durch eine aussagefähige Referenzliste und ein überprüfbares Qualifikationsprofil nachgewiesen werden.

**5 Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen**

## 5.1 Zuwendungsart: Projektförderung

## 5.2 Finanzierungsart: Anteilfinanzierung

## 5.3 Form der Zuwendung: Einmaliger Zuschuss

## 5.4 Bemessungsgrundlage

## 5.4.1 Die Zuwendung kann bis zu 50 vom Hundert der zuwendungsfähigen Kosten, in der Regel höchstens jedoch 25.550 Euro pro Jahr, betragen.

## 5.4.2 Bei der Teilnahme an Messen, Ausstellungen und Kooperationsbörsen sind die Kosten für Miete, Aufbau und Betrieb des Standes bis zur Höhe von 15.300 Euro je Veranstaltung und Unternehmen zuwendungsfähig.

## 5.4.3 Nur die erstmalige Präsentation eines neuen Produktes kann auf ein und derselben Veranstaltung gefördert werden.

## 5.4.4 Im Übrigen sind folgende Kosten der Antragsteller von einer Förderung ausgenommen:

- Telekommunikationskosten,
- eigene Personalaufwendungen und Gemeinkosten des Antragstellers,
- Kosten für investive Maßnahmen.

## 5.4.5 Reisekosten werden nur nach den folgenden Obergrenzen und in der Regel für eine Person als zuwendungsfähig anerkannt, soweit sie für die Durchführung des Projekts erforderlich sind:

Inland	bis Euro	250 pro Reise
Europa	bis Euro	500 pro Reise
außereuropäisch	bis Euro	1.000 pro Reise.

**6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen**

## 6.1 Zuwendungen werden nur für solche Vorhaben gewährt, die zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht begonnen wurden. Sofern mit dem Vorhaben vor Bekanntgabe

des Zuwendungsbescheides begonnen werden soll, ist die Zustimmung für einen vorzeitigen Maßnahmebeginn bei der Bewilligungsstelle zu beantragen. Mit der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn ist noch keine Entscheidung über die Bewilligung der beantragten Zuwendung erfolgt und deshalb kein Anspruch auf eine Förderung begründet.

- 6.2 Eine Förderung ist nicht zulässig, wenn für dasselbe Vorhaben andere öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden.
- 6.3 Die Bewilligungsbehörde kann die Entscheidung über die Förderung in Einzelfällen wegen der nur begrenzten Verfügbarkeit von Fördermitteln zurückstellen. Damit soll eine zu frühzeitige Ausschöpfung der verfügbaren Fördermittel im Haushaltsjahr vermieden werden.
- 6.4 Die geförderten Maßnahmen sollen innerhalb von drei Monaten nach Zugang des Zuwendungsbescheides begonnen werden. Die Projektdauer soll in der Regel 36 Monate nicht überschreiten.
- 6.5 Die Zuwendungen nach dieser Richtlinie werden nur gewährt, wenn der Zuschuss im Einzelfall mehr als 500 Euro beträgt.

**7 Verfahren**

- 7.1 Die Zuschüsse werden auf Antrag gewährt.
- 7.2 Anträge sind mit den in Nummer 4.1 geforderten Unterlagen bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), Steinstraße 104 - 106, 14480 Potsdam zu stellen (Bewilligungsbehörde). Die Antragsformulare sind bei der ILB erhältlich.
- 7.3 Zuwendungs- und Zuwendungsteilbeträge werden nur unter der Vorlage von Nachweisen über die im Rahmen des Zweckes tatsächlich getätigten Ausgaben ausgezahlt. Ein letzter Teilbetrag von 5 vom Hundert der Gesamtzuwendung wird darüber hinaus erst ausgezahlt, wenn der Zuwendungsempfänger den Verwendungsnachweis gemäß Nummer 6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) vollständig und in prüffähiger Form vorgelegt hat.
- 7.4 Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 LHO, soweit nicht in diesen Förderrichtlinien Abweichungen zugelassen sind. Über die Landeshaushaltsordnung hinaus sind Regelungen auf der Grundlage bestehender und vorbehaltlich noch zu erlassender einschlägiger Vorschriften der EU für den Strukturfondsförderzeitraum 2000 - 2006 zu beachten.

**8 Subventionserhebliche Tatsachen**

Gemäß dem Brandenburgischen Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl. I S. 306) gelten für Leistungen nach Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind, die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Bundesgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034).

Die Bewilligungsbehörde bzw. die Bewilligungsstelle hat gegenüber den Antragstellern in geeigneter Weise deutlich zu machen, dass es sich bei den Zuwendungen in der gewerblichen Wirtschaft um Subventionen im Sinne des § 264 StGB handelt. Die subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des § 264 StGB werden dem Zuwendungsempfänger im Rahmen des Antrags- und Bewilligungsverfahrens als subventionserheblich bezeichnet.

**9 In-Kraft-Treten**

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft. Sie tritt am 31. Dezember 2003 außer Kraft.

**Öffentliches Auslegungsverfahren für das Landschaftsschutzgebiet „Unteruckersee“**

Bekanntmachung des Landrates  
des Landkreises Uckermark  
Vom 11. März 2003

Der Landrat des Landkreises Uckermark beabsichtigt, das Gebiet „Unteruckersee“ in einem förmlichen Verfahren gemäß § 28 des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes (BbgNatSchG) in Verbindung mit den §§ 19 und 22 BbgNatSchG durch den Erlass einer Verordnung als Landschaftsschutzgebiet festzusetzen.

Das geplante Landschaftsschutzgebiet liegt im Bereich der Stadt Prenzlau, der Gemeinde Nordwestuckermark (Ortsteile Röpersdorf und Zollchow) und der Gemeinde Oberuckersee (Ortsteile Seehausen, Strehlow und Potzlow) im Amt Gramzow.

Von der geplanten Unterschutzstellung werden die folgenden Gemarkungen berührt:

Prenzlau	Flur	10, 17, 19, 24, 25, 38, 39, 41
Potzlow	Flur	1 - 4
Röpersdorf	Flur	1, 2
Seehausen	Flur	1, 2
Seelübbe	Flur	1, 2
Zollchow	Flur	2

## Amtsblatt für Brandenburg

Gemeinsames Ministerialblatt für das Land Brandenburg

404

Amtsblatt für Brandenburg – Nr. 14 vom 9. April 2003

Der Entwurf der Verordnung und Karten werden in der Zeit

vom **28. April 2003**  
bis einschließlich **30. Mai 2003**

bei der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Uckermark und bei den folgenden Ämtern während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt:

### Landkreis Uckermark

Hauptgebäude (Haus I), Raum 302  
Karl-Marx-Str. 1  
17291 Prenzlau

### Stadt Prenzlau

Haus II, Baudezernat  
Am Steintor 4  
17291 Prenzlau

### Gemeinde Nordwestuckermark

Bauamt  
Schönermark, Amtsstr. 8  
17291 Nordwestuckermark

### Amt Gramzow

Bauamt  
Poststr. 25  
17291 Gramzow

Während der Auslegungsfrist können nach § 28 Abs. 2 BbgNatSchG von jedermann Bedenken und Anregungen zum Entwurf der Verordnung schriftlich oder zur Niederschrift bei den obigen Auslegungsstellen vorgebracht werden.

Die vorgebrachten Bedenken und Anregungen müssen den Namen, den Vornamen und die genaue Anschrift der Person enthalten. Bedenken und Anregungen, die sich auf Grundstücke beziehen, müssen Gemarkung, Flur und Flurstück der betroffenen Fläche enthalten. Verspätet erhobene Bedenken und Anregungen können nicht berücksichtigt werden. Entscheidend ist das Datum des Poststempels bzw. der Niederschrift.

Vom Zeitpunkt der vorstehenden Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung an sind nach § 28 Abs. 2 Satz 3 in Verbindung mit § 27 Abs. 3 BbgNatSchG bis zum In-Kraft-Treten der Verordnung vorläufig alle Handlungen verboten, die geeignet sind, den Schutzgegenstand nachteilig zu verändern. Die im Zeitpunkt der Bekanntmachung ausgeübte rechtmäßige Bewirtschaftungsform bleibt unberührt. Die Verordnung für das Landschaftsschutzgebiet „Unter-Uckersee“ vom 6. Mai 1992, zuletzt verändert am 12. Februar 2001, bleibt bis zu ihrer Aufhebung gültig.

---

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, Postanschrift: 14460 Potsdam, Telefon: (03 31) 8 66-0.  
Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.  
Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg.  
Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.  
Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.  
Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Karl-Liebknecht-Straße 24-25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon Potsdam (03 31) 56 89 - 0

Der [Fundstellennachweis Verwaltungsvorschriften](http://www.mdje.brandenburg.de) ist im Internet abrufbar unter [www.mdje.brandenburg.de](http://www.mdje.brandenburg.de) (Landesrecht).